

Berner Fachhochschuldozenten sollen keine Professorentitel mehr tragen

Grosser Rat Das Parlament fordert eine Neuausrichtung der Berner Fachhochschule. Die Argumente der Regierung griffen zu wenig.

Am Schluss machte der Stichtscheid von Ratspräsident Jürg Iseli (SVP, Zwieselberg) den Unterschied aus. Mit 74 zu 73 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschloss der Grosse Rat gestern, dass die Berner Fachhochschule an ihre Dozierenden nicht mehr länger Titel wie «Professor» oder «Professorin» vergeben soll – es sei denn, sie erfüllen dieselben akademischen Anforderungen, wie sie für Professoren an Universitäten gelten.

Der Grossrat setzt sich mit der Annahme dieser Richtlinienmotion über die Empfehlungen des Regierungsrats hinweg. Erziehungsdirektorin Christine Häsler (Grüne) warnte in der vorausgehenden Debatte eindringlich davor, dass sich der Kanton Bern mit dieser neuen Regelung isolieren würde. Alle sieben Schweizer Fachhochschulen handhaben die Vergabe von Professorentiteln heute ähnlich. «Ich halte eine Spezialregelung im Kanton Bern nicht für produktiv und



FDP-Grossrat Hans-Peter Kohler. Foto: Andreas Blatter

«Schönreden bringt uns nicht mehr weiter. Wir müssen jetzt einen Wechsel einleiten.»

Hans-Peter Kohler
FDP-Grossrat
Spiegel bei Bern

auch nicht für sinnvoll», sagte Häsler. Ihre Warnung fand bei der Mehrheit im Parlament aber kein Gehör.

«Keine Paralleluniversität»

Der Grosse Rat wollte gestern ein Zeichen setzen. «Dieser Vorstoss kommt zur richtigen Zeit», sagte Hans-Peter Kohler (FDP, Spiegel bei Bern) einleitend. Beim Einreichen seiner Motion habe er von vielen Baustellen bei der BFH noch gar nichts gewusst. Vor einem Monat machte diese Zeitung Missstände im Departement Wirtschaft publik. Später berichtete «Der Bund», dass die Studierendenzahlen auch in anderen Departementen rückläufig sind. «Schönreden bringt uns nicht mehr weiter. Wir müssen jetzt einen Richtungswechsel einleiten», so Kohler.

Neben dem Verzicht auf die Vergabe von Professorentiteln forderten er und seine Mitmotionäre auch, dass die BFH ihr bestehendes Angebot überprüfen

soll. Eine Reduktion der heute 52 Studiengänge sei dabei anzustreben. «Die BFH soll sich auf ihre Stärken konzentrieren», sagte Kohler. Er stelle zudem eine zunehmende «Verakademisierung» fest. Aber: «Wir brauchen keine Paralleluniversität.»

Müllers defekte Anlage

Gegenrede gab es vor allem von der Ratslinken. «Es gibt bei der Berner Fachhochschule Abteilungen, die sehr gut laufen», sagte Roland Näf (SP, Muri). Man mache den Ruf der Schule hier schlechter, als er eigentlich sei. Näf warnte davor, in einem Dossier ein Zeichen zu setzen, wo das Parlament gar nicht die nötige Kompetenz und Befugnis habe. Die BFH reagiere mit ihrem Angebot hauptsächlich auf die Erwartungen der Wirtschaft, die ihrerseits immer höhere Anforderungen an die Ausbildung stelle und somit zur «Verakademisierung» beitrage. Die Ratslinie konnte mit ihren Argumenten

aber kaum über ihre Reihen hinaus mobilisieren.

Die ersten beiden Punkte der Motion – die Neuausrichtung des Studienangebots sowie die Forderung, Dozierende wieder vermehrt aus dem praxisnahen Berufsumfeld zu rekrutieren – wurden beide klar angenommen und auch nicht wie von der Regierung empfohlen abgeschrieben. «Das ist kein Misstrauensvotum gegen die BFH», sagte Thomas Brönnimann (GLP, Mittelhäusern) auch mit Blick auf die Tribüne, wo Rektor Herbert Binggeli die Debatte mitverfolgte. Aber man müsse jetzt genau hinschauen.

Seine GLP-Fraktion wie auch die EVP-Fraktion waren aber beim letzten Punkt der Motion – der Vergabe der Professorentitel – gegen eine Annahme. «Es bringt nichts, wenn der Kanton Bern hier ein Sonderzügli fährt», so Brönnimann. Aber weil SVP, EDU, FDP und BDP fast geschlossen Ja stimmten, kaum auch dieser letzte Punkt dank Iselis Stich-

entscheid durch. Kleine Randnotiz: Dieser Stichtscheid wäre gar nicht zustande gekommen, wenn Mathias Müller (SVP, Orvin) nicht kurz vor der Abstimmung festgestellt hätte, dass seine Abstimmungsanlage defekt war. Von seinem neuen Platz aus stimmte auch er der Vorlage zu.

Regierungsrat entscheidet

Es ist allerdings noch nicht beschlossene Sache, dass die BFH-Dozierenden keine Professorentitel mehr tragen dürfen. Sämtliche Forderungen der Richtlinienmotion betreffen Zuständigkeiten, die abschliessend beim Regierungsrat liegen. Das Parlament setzte im Prinzip bloss ein Zeichen. Regierungsrätin Christine Häsler stellte sich gestern schützend vor die Berner Fachhochschule. Probleme orte sie vor allem in der Kommunikation – intern, extern aber auch in Richtung Politik.

Quentin Schlapbach